

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 84 (1997)
Heft: 7-8: Sporterziehung

Rubrik: Blickpunkt Kantone

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 12.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkt Kantone

Aargau

Projektleiter für Umsetzung Leitbild Schule Aargau

Das Erziehungsdepartement hat für zwei Teilbereiche der Umsetzung des Leitbildes Schule Aargau zwei Projektleiter ernannt. Franz Wille übernimmt die Projektleitung für die Regionalisierung, Alfred Wasser jene für die Strukturreform der Volksschule. Die beiden Lehrkräfte werden für diese Tätigkeit an ihren Schulen beurlaubt.

Pressemitteilung

Mehr Lehrerstellen für wachsende Schülerzahl

Der Aargauer Regierungsrat hat gemäss einer Mitteilung des Erziehungsdepartementes (ED) für den Schulbeginn im August an den Volksschulen im Kanton 67 neue Stellen bewilligt. Obwohl schon die Planungsvorgaben sehr streng waren, konnte einigen Gesuchen von Gemeinden für zusätzliche Lehrerstellen aufgrund der Bestimmungen über die Klassengrössen nicht entsprochen werden. Wie im Vorjahr konnten damit die Schulpflegen noch vor den Frühlingsferien über die Entscheide informiert werden, damit sie bis im August die entsprechenden Stellen besetzen können.

Pressemitteilung

Baselland

Baselbieter Lega-Therapeutinnen befürchten Entlassungswelle

Das Konzept zur Neuregelung des Sonderschulwesens, das die Regierung in die Vernehmlassung geschickt hat, sorgt bei den Baselbieter Lega-Therapeutinnen für helle Aufregung. Um die Gemeinden zur Übernahme der wegfallenden IV-Subventionen zu motivieren, sollen alle Arbeitsverträge mit dem Kanton bis Ende Jahr gekündigt werden. Für Erziehungsdirektor Peter Schmid sind die Ängste vor einem Kahlschlag übertrieben, denn mit der Neuregelung werde nur eine Gleichstellung mit den Primarlehrkräften anvisiert.

«BaZ», 10.4.97

Neues Baselbieter Bildungsgesetz droht im Chaos zu enden

Der Plan der Regierung, das Volk im September über die Leitplanken des neuen Baselbieter Bildungsgesetzes abstimmen zu lassen, gerät wenige Tage vor der Landratsdebatte bös ins Wanken. Keine der drei grossen Regierungsparteien kann sich nämlich vorbehaltlos hinter das Abstimmungsprozedere stellen, das die vorberatende Erziehungs- und Kulturkommission (EKK) auf der Basis der Regierungsvorlage ausgeheckt hat. Die Gegensätze, die bereits in der Kommissionsberatung durch zum Teil knappe Mehrheitsentscheide sichtbar wurden, haben sich im Hinblick auf die diese Woche anstehende Landratsdebatte allem Anschein nach nochmals verschärft. Eine völlige Kehrtwende stattgefunden hat offensichtlich vor allem bei den Freisinnigen.

«BaZ», 13.5.97

Basel-Stadt

Ein Bildungsplan für die Gymnasien

Im Bildungsplan für die Gymnasien sind die neuen Grundlagen der Maturitätsschulen des Kantons Basel-Stadt zusammengefasst, die im Schuljahr 1997/98 erstmals Schülerinnen und Schüler aus der Orientierungsschule aufnehmen. Innerhalb dieses Rahmens erhalten die fünf Schulen eine Teilautonomie.

Als schweizerische Pionierleistung bezeichnete Erziehungsdirektor Stefan Cornaz an einer Medienorientierung den Bildungsplan für die Gymnasien, der gleichzeitig einen Bestandteil der Teilautonomie der einzelnen Gymnasien bilde. Denn im kommenden Sommer beginnen die baselstädtischen Gymnasien erstmals nach drei Jahren wieder mit neuen Klassen. Zum ersten Mal kommen die Schülerinnen und Schüler aus der Orientierungsschule (OS), sie sind also drei Jahre älter als früher am Start des Gymnasiums, sie treten bereits in das achte Schuljahr ein.

«BZ», 8.4.97

Wohnsitz darf frei gewählt werden

Auch in Oberburg sollen die Lehrkräfte das Recht haben, ihren Wohnsitz frei zu wählen. Der Regierungsstatthalter hiess eine Beschwerde gut, mit der sich fünf auswärtige Lehrerinnen gegen ihre bloss befristete Anstellung wehrten.

Gestern erhielten fünf in Oberburg tätige aber andernorts wohnende Lehrerinnen positiven Bescheid: sie müssen nicht nach Oberburg ziehen, um eine unbefristete Anstellung zu erhalten. Obwohl es im Organisationsreglement der Gemeinde anders steht: darin ist vorgeschrieben, dass Chefbeamte «sowie die Lehrerschaft» in der Gemeinde zu wohnen haben. Nur: «Das kantonale Lehrerausbildungsgesetz steht über der Gemeindeordnung.» Zu dieser Einsicht ist der Regierungsstatthalter des Amtes Burgdorf, Franz Haussener, in den letzten Wochen und Monaten gekommen, in der er über die Beschwerde der fünf Lehrerinnen entscheiden musste.

«BZ», 9.4.97

Uni Bern – Vorschläge für die Reform

Die Einführung von fächerübergreifenden Forschungszentren gehört zu den Vorschlägen für eine Reform der Uni Bern. An einem Symposium wurden Ideen entwickelt.

Der finanzielle Druck bei gleichzeitig steigenden Studentenzahlen sowie die Forderung nach fächerübergreifender Forschung zwingen die Universität Bern zu Reformen. Neuerungen drängen sich ferner auf durch die immer stärkere Vernetzung der weltweiten Forschung. Statt mit Lehre und Forschung müssten sich die Professorinnen und Professoren zu oft mit Verwaltungsaufgaben, Öffentlichkeitsarbeit und dergleichen befassen, sagte Professor Peter Rusterholz an einem dreitägigen Symposium an der Universität Bern. Hochschuldozenten und Politiker aus der Schweiz, Deutschland, Österreich und den USA waren gekommen, um Reformvorschläge auszuarbeiten.

«BZ», 8.4.97

Fachhochschule: Die Berner machen Tempo

Die Berner Fachhochschule für Technik, Architektur und Wirtschaft nimmt ihren Betrieb im kommenden Herbst auf. Zum gleichen Zeitpunkt beginnt in Bern auf Fachhochschulstufe ein Studiengang Sozialarbeit. Dies hat der Grosse Rat oppositionslos beschlossen, obschon die bundesgesetzlich geforderte Genehmigung der Fachhochschulen auf das nächste Jahr vertagt wurde.

«BAZ», 12.5.97

Schüleraustausch in Freiburg

Der zweisprachige Kanton Freiburg, in dem zwei Drittel der Bevölkerung französischer Zunge sind und ein Drittel deutscher, bietet seit dem Schuljahr 1982/83 den Schülern die Möglichkeit, im Rahmen eines innerkantonalen Austausches ein zehntes, fremdsprachiges Schuljahr zu absolvieren. Um möglichst intensiv Französisch oder Deutsch zu lernen, wird jeweils pro Klasse nur ein Schüler aus dem anderssprachigen Kantonsteil aufgenommen. Üblicherweise kehren die Schüler abends zu ihren Eltern zurück, und nur dort, wo die Verkehrsverhältnisse eine tägliche Rückkehr nicht erlauben, wohnen sie auswärts bei Pensionseltern. Bis heute haben rund 500 Schüler von dieser Austauschmöglichkeit profitiert.

«NZZ», 7.4.97

Solothurn

Gewalt auf den Schulplätzen eingedämmt

Heutzutage hört man immer öfter von gewalttätigen Handlungen zwischen Schülern auf den Pausenplätzen diverser Schulen. Auch an den Oltnen Schulen sind da und dort Anzeichen physischer und psychischer Gewalt auszumachen, auch wenn die Situation nicht von bedrohlichen Ausmassen geprägt ist. Zu diesem Schluss ist Oltens Schuldirektorin Madeleine Schüpfer aufgrund einer Umfrage unter den Lehrkräften gelangt. Um in Olten das Übel frühzeitig an der Wurzel zu fassen, sind beispielsweise in den vergangenen sieben Jahren auf differenzierte Art aufklärende Veranstaltungen und Kurse für die Lehrerinnen und Lehrer organisiert worden. In den Schulklassen und an Elternabenden, teilweise auch in Einzelgesprächen, hat man zum Thema Gewalt die Diskussion angestrebt.

«AZ», 9.4.97

Zürich

Das Schuldepartement rechnet mit 250 neuen Klassen bis ins Jahr 2005 – und hat keinen Raum dafür

In der ganzen Stadt mangelt es an Schulzimmern. Die Stadt rechnet in den nächsten neun Jahren mit Investitionen von 100 Millionen Franken für den Schulhausbau. Die Lehrer sind damit noch nicht bezahlt.

Die Klassen, die auf das kommende Schuljahr eröffnet werden, würden ein grösseres Schulhaus füllen. Das Schuldepartement geht von zusätzlich 19 Schulklassen aus. Damit wird der Trend der letzten Jahre fortgesetzt:

Besuchten im Schuljahr 1990/91 noch 23 000 Kinder Schule oder Kindergarten, waren es 1995/96 knapp 27 000. Bis ins Jahr 2005 rechnet das Schuldepartement mit weiteren 4500 Kindern respektive 250 zusätzlichen Klassen.

⟨TA⟩, 9.4.97

Lehrer-Leistungslohn «durch die Hintertür»

Seit Jahren wehrt sich die Zürcher Lehrerschaft gegen die Einführung eines Leistungslohns. Jetzt geht alles ganz schnell: Bereits ab 1999 sollen lohnwirksame Qualifikationen erfolgen – für die Pädagogen ein «echter Hammer».

Für Erziehungsrat Ernst Buschor ist die Empörung fehl am Platz. Er handle vielmehr «im Interesse der Lehrerschaft», sagte er auf Anfrage. Es gelte «für diese Berufsgruppe möglichst bald eine faire Lösung zu finden». Falls nicht auf die Schnelle ein Qualifikationssystem entwickelt werde, müssten die Pädagogen auf Lohnerhöhungen verzichten, die den übrigen Staatsangestellten gewährt würden.

⟨TA⟩, 26.4.97

Missionare an der Kanti – Gideons dürfen im Schulzimmer keine Bibeln mehr verteilen

Eines Tages standen zwei freikirchliche Missionare des Gideonbundes in einer Klasse der Kanti Wiedikon und gaben den Schülern eine Taschenbibel ab. Ein Vater wehrte sich mit einer Aufsichtsbeschwerde erfolgreich gegen die Missionsaktion.

⟨TA⟩, 7.5.97

Marlis Küng

Schlaglicht

Kinder brauchen religiöse Bildung!

«Um ihren Bildungsauftrag zu erfüllen, muss die öffentliche Schule bestrebt sein, Orientierung im Religiösen zu geben und Religiöses als Lebens- und Weltdeutung für den einzelnen und für Gruppen von Menschen bereitzuhalten.» ⟨NLZ⟩, 9.5.97

Mit der Forderung der Theologieprofessorin für Religionspädagogik bin ich einverstanden. Aber was bedeutet es, den Kindern Religiöses zu vermitteln? Was ist mir aus meinen Religionsstunden geblieben? Als Kind habe ich gestaunt, wie Moses ein riesengrosses Meer einfach teilen und trockenen Fusses durchwateten konnte. Betroffen habe ich nach Gründen gesucht, weshalb Geschwister ihren Bruder Josef so herzlos verkaufen konnten. Ich habe vieles nicht verstanden. Mir sind aber Geschichten erzählt worden, die ich nicht vergessen habe.

Etwa vor einem Jahr bin ich in Indien mit dem Hinduismus in Berührung gekommen. Frühmorgens habe ich fasziniert zugeschaut, wie Pilgernde singend ihre Waschrouten durchgeführt haben, im Gewirr von Karren, Menschen und Kühen inmitten einer Stadt zwei Männer ein grosses, grünes Tuch gemessenen Schrittes vor sich hergetragen haben. Religiöse Routen, die mir völlig fremd sind.

Aufgrund der enormen Mobilität erfahren Kinder früher, dass nicht alle der gleichen Religion angehören. Genau diesen Umstand betrachte ich als Chance der Staatsschule. Müsste sie die religiöse Erziehung nicht umfassender verstehen, Sensibilisierung schaffen für die unverrückbaren Werte des Zusammenlebens, Auseinandersetzung ermöglichen mit den grundlegenden menschlichen Fragen? Die Einführung des Faches Ethik betrachte ich als wertvollen Beitrag der Staatsschule auf dem Weg der interkulturellen Verständigung.